

Vorlage Nr. I/83/2012
für den Magistrat

Anzahl Anlagen: 1

Aufgabenüberprüfung in der Verwaltung

hier: Einsparung einer 0,82 überplanmäßigen Stelle im Rechts- und Versicherungsamt

A Problem

In der *Vereinbarung zur Zusammenarbeit – Koalition – zwischen SPD und Bündnis 90/Die Grünen in der 18. Wahlperiode der Seestadt Bremerhaven 2011 – 2015* wird die Magistratskanzlei beauftragt, „durch eine möglichst flächendeckende Aufgabenüberprüfung der Verwaltung Einsparpotentiale zu identifizieren und dem Magistrat sowie dem Personal- und Organisationsausschuss regelmäßig hierüber zu berichten“.

Mit Beschluss vom 30. November 2011 hat der Magistrat zur Begleitung dieses Prozesses einen Projektstab eingerichtet, der unter anderem die Vorschläge der Magistratskanzlei aus der verwaltungsweiten Aufgabenüberprüfung vor einer Gremienbefassung (Magistrat, Personal- und Organisationsausschuss) bewerten und deren Umsetzung konkret festlegen soll.

Im Rechts- und Versicherungsamt ist derzeit (seit September 2003) eine 0,82 Juristen-Stelle überplanmäßig besetzt. Dies hatte seine Ursache darin, dass der betroffene Mitarbeiter ursprünglich im zentralen Controlling tätig war, das seinerzeit aufgegeben wurde.

Aufgrund seiner Qualifikation als Jurist wurde er dann im Rechts- und Versicherungsamt eingesetzt. Die Magistratskanzlei hält diese überplanmäßige Stelle für verzichtbar.

Aufgrund dessen hat der Projektstab am 25.01.2012 dem Vorschlag der Magistratskanzlei folgend beschlossen, die überplanmäßige 0,82 Stelle eines Juristen zur Einsparung vorzusehen.

Nach der Stellungnahme des Rechts- und Versicherungsamtes (siehe Anlage) wird die Unterstützung durch den überplanmäßig tätigen Juristen auch weiterhin für erforderlich gehalten. Die vorgebrachten Argumente haben den Projektstab jedoch nicht zu einer Änderung des Vorschlages zur Einsparung veranlasst, weil das Festschreiben einer überplanmäßigen Stelle einer Stellenausweitung gleichkäme.

B Lösung

Der Projektstab hat am 15.03.2012 beschlossen, die überplanmäßige 0,82 Stelle eines Juristen zur Einsparung vorzusehen. Dem Magistrat wird empfohlen, einen gleichlautenden Beschluss zu fassen.

C Alternativen

Keine, die empfohlen werden kann.

D Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen

Mit dem Ausscheiden des Stelleninhabers entfallen Personalthauptkosten in Höhe von zurzeit

60 900 € jährlich.

Für eine Genderrelevanz bestehen keine Anhaltspunkte.

E Beteiligung / Abstimmung

Dezernat II/Rechts-und Versicherungsamt. Die Mitbestimmungsgremien haben zugestimmt.

F Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem BremIFG

Nicht geeignet / Die Vorlage ist nach dem BremIFG zu veröffentlichen.

G Beschlussvorschlag

Der Magistrat beschließt, die überplanmäßige 0,82 Stelle eines Juristen im Rechts- und Versicherungsamt zur Einsparung vorzusehen.

Grantz
Oberbürgermeister

Anlage: Stellungnahme des Rechts- und Versicherungsamtes